

Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung

Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı

Institut an der
Universität Duisburg-Essen

AKTUELL

13

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI)

28. Juni 2018

Wahlen in der Türkei am 24. Juni: Die Ergebnisse

von Yunus Ulusoy

Präsident Erdoğan hat sein Wahlziel unangefochten im ersten Wahlgang erreicht. Als Präsident des neuen Präsidentsystems mit fünf Jahren Amtszeit wird er bis 2023 (bis zum 100. Gründungsjahr der Republik) die Türkei mit Machtbefugnissen und -ressourcen regieren, über die nicht einmal Mustafa Kemal Atatürk in der Gründungszeit der Republik verfügte.



● İNCE ● ERDOĞAN ● DEMİRTAŞ

Der 24. Juni 2018 war ein historischer Wahltag, weil die türkischen Wähler*innen mit ihrer Präsidentschaftsentscheidung ihr Votum zu den Verfassungsänderungen vom 16. April 2017 bestätigen oder in Frage stellen konnten. Sie haben sich mit rund 53 Prozent für Erdoğan und damit für sein Präsidentsystem entschie-

den.¹ Trotz eines Achtungserfolgs des sozialdemokratischen Herausforderers Muharrem İnce hat die Opposition ihre zentralen Wahlziele nicht erreichen können. Sie konnte weder Erdoğan in eine Stichwahl zwingen, noch bei der gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahl eine Mehrheit erringen.

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

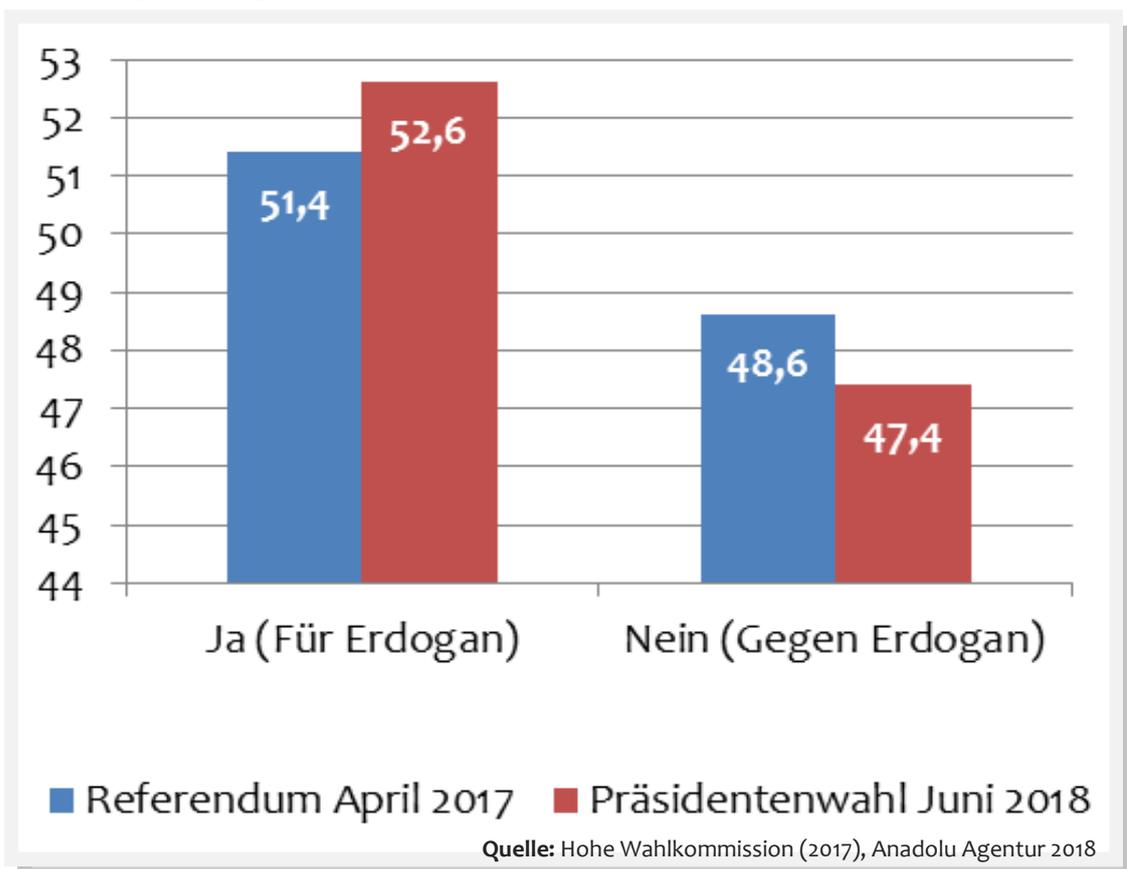
Ergebnisse der Präsidentschaftswahl

Das Verfassungsreferendum vom April 2017 war nicht nur eine Entscheidung für oder gegen das Präsidentsystem, sondern kam auch einer Abstimmung über Erdoğan's politische Zukunft gleich. Vor einem Jahr hatte er - unter Manipulationsvorwürfen der Opposition - relativ knapp mit 51 Prozent das Verfassungsreferendum gewonnen. Nahezu ein Jahr später konnten die Wähler*innen nicht nur darüber entscheiden, ob sie Erdoğan den fünf Oppositionskandidat*innen vorziehen, sondern damit auch das zukünftige politische System ihres Landes festlegen. Erdoğan stand für die Umsetzung des Präsidentsystems und die Opposition für die Wiedereinführung der parlamentarischen Ordnung.

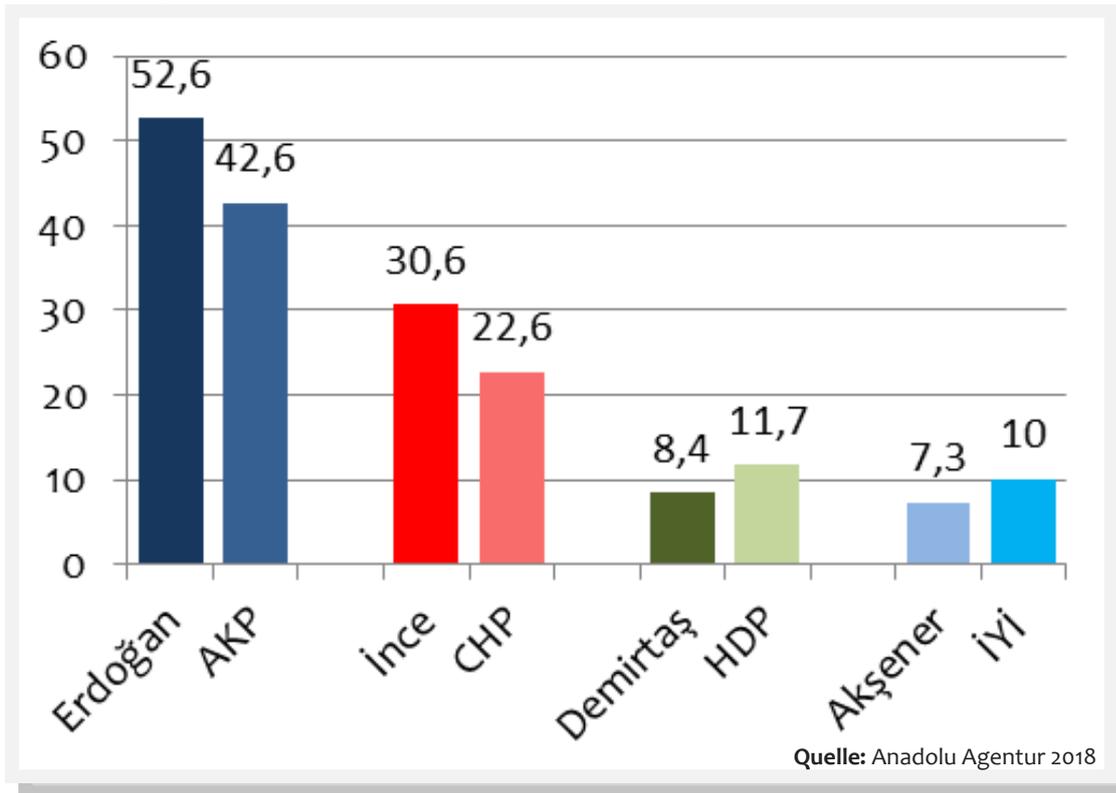
Gegenüber der Abstimmung von 2017 konnte Erdoğan in der Wählergunst leicht zulegen und sich, als erster Präsident des

neuen Systems, im Amt bestätigen lassen. Insofern geht er als eindeutiger Sieger aus den Wahlen hervor, zumal der direkte Abstand zum wichtigsten Herausforderer Ince rund 22 Prozent beträgt. Die fünf Oppositionskandidat*innen konnten gemeinsam nur 47 Prozent der Stimmen erringen, wobei, bis auf Ince, die Kandidat*innen schlechter abschnitten als ihre Parteien bei der Wahl zum Parlament. Die national ausgerichtete Mitbewerberin Meral Akşener von der İYİ Parti konnte ihr anfängliches Umfragehoch nicht behaupten und musste die Rolle des Herausforderers an Ince abtreten. Sie, wie auch ihr Mitbewerber Selahattin Demirtaş von der prokurdischen HDP, waren jedoch deutlich benachteiligt; Demirtaş saß im Gefängnis, Akşener und ihre erst neu gegründete Partei verfügten noch nicht über etablierte Strukturen, die İYİ Partei kam noch nicht in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung.

Grafik 1: Ergebnisvergleich 2017 und 2018



Grafik 2: Vergleich Kandidat*in und Partei



Erdoğan war gegenüber den Herausforder*innen im Vorteil, weil er der gemeinsame Kandidat seiner Wahlallianz war. Die MHP hatte auf eine eigene Kandidatenaufstellung verzichtet und ebnete so Erdoğan den Weg ins Präsidentenamt. Analog hatte sie im Vorjahr die Einführung des Präsidentsystems ermöglicht. Die oppositionellen Kandidat*innen waren mit strategischen Überlegungen der Wähler*innen konfrontiert, die zu Wählerwanderungen zwischen den Parteien und Kandidat*innen führten. Der zweitplatzierte Ince kam so deutlich über den Wert seiner Partei bei der Parlamentswahl. Trotz dieses persönlichen Erfolgs von Ince konnte die Opposition gegenüber der ersten direkten Präsidentschaftswahl von 2014 aber insgesamt nicht zulegen. Damals wurde Erdoğan mit knapp 52% der Stimmen zum ersten direkt gewählten Präsidenten der Türkei. Die Oppositionskandidat*innen haben zwar enorm

viele Teilnehmer*innen bei Kundgebungen mobilisiert und die jeweilige Parteibasis motiviert, an der Wahlurne hat sich dies aber offenbar nicht ausgezahlt.

Ergebnisse der Parlamentswahl

Die Wähler*innen konnten mit einem Stimmzettel den Präsidenten und mit einem zweiten ein Wahlbündnis oder eine Partei wählen. Bemerkenswert ist, dass viele Wähler*innen trotz der gleichzeitigen Wahlen strategischen Überlegungen Raum gegeben und Präsidentschaftskandidat*innen und Parteien differenziert bewertet haben.

Das Wahlbündnis der AKP mit der MHP bekam die Zustimmung von rund 54 Prozent der türkischen Wähler*innen, wobei die MHP mit unerwartet hohen 11 Prozent nunmehr eine Schlüsselrolle einnimmt. Unerwartet hoch ist das Ergebnis, weil sich zuvor die İYİ Parti von der MHP abgespalten

Tabelle 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahl (insgesamt, nur Türkei, Ausland und Deutschland)

	Türkei + Ausland	Nur Türkei	Ausland	Deutschland
Wahlberechtigte Insgesamt	59.354.840	56.322.634	3.032.206	1.443.585
Abgegebene Stimmen	51.188.524*	49.669.129	1.519.395	660.341
Gültige Stimmen	50.059.249*	48.559.857	1.499.392	651.151
Ungültige Stimmen	1.129.275*	1.109.272	20.003	9.190
Wahlbeteiligung (%)	86,23*	88,19	50,11	45,74
Recep Tayyip Erdoğan in %	52,59	52,38	59,4	64,78
Muharrem Ince in %	30,64	30,79	25,76	21,88
Selahattin Demirtaş in %	8,4	8,32	11,06	9,98
Meral Akşener in %	7,29	7,42	2,99	2,58
Quelle: Anadolu Agentur, Milliyet, *eigene Berechnungen				

hatte. Erst mit der MHP verfügt die AKP im Parlament über die absolute Mehrheit und über die Möglichkeit, eigene Gesetzesvorhaben durchzusetzen. Gegenüber der Parlamentswahl von November 2015 hat die AKP rund 7 Prozentpunkte verloren und erzielte rund 43 Prozent. Trotzdem beträgt ihr Abstand zur größten Oppositionspartei CHP rund 20 Prozent.

Der Stimmenzuwachs der MHP wirft viele Fragen auf. Zu vermuten ist, dass einige Wähler*Innen nicht Erdoğan, aber seine Partei abstrafen wollten, weshalb sie ihre Stimme der MHP gegeben haben. Damit hat das Bündnis mit der MHP Erdoğan zwar

die Präsidentschaft gesichert, aber die absolute Mehrheit für seine Partei im Parlament verhindert.

Die Oppositionsallianz aus CHP, İYİ Parti und Saadet Partisi (ohne die HDP) konnte ihre Wahlziele mit 34 Prozent der Stimmen nicht erreichen. Die CHP hat im Vergleich zur letzten Parlamentswahl leicht verloren und liegt nunmehr bei 22 Prozent. Die neugegründete konservativ-nationale İYİ Parti konnte zwar die in sie gesetzten Erwartungen nicht voll erfüllen, aber zieht dennoch mit 10 Prozent der Stimmen ins Parlament ein. Die Saadet Partisi, die politische Erbin Erbakans, des Begründers der Milli-Görüs-

Tabelle 2: Ergebnisse der Parlamentswahl (insgesamt, nur Türkei, Ausland und Deutschland)

	Türkei + Ausland	Nur Türkei	Ausland	Deutschland
AKP	42,56	42,28	51,02	55,69
MHP	11,1	11,2	7,89	8,38
Wahlallianz Republik	53,66	53,47	59,75	65,09
CHP	22,64	22,79	17,62	15,56
İYİ Parti	9,95	10,14	4,02	3,35
Saadet Partisi*	1,35	1,36	0,88	0,83
Wahlallianz Nation	33,94	34,29	22,52	19,74
HDP	11,7	11,53	17,34	14,79
Quelle: Anadolu Agentur, Milliyet, *eigene Berechnungen (andere Parteien nicht aufgeführt)				

Tabelle 3: Parlamentszusammensetzung

	Sitzverteilung	Stimmen insgesamt
AKP	295	21.335.579
MHP	49	5.564.517
Wahlallianz Republik	344	26.900.096
CHP	146	11.348.899
İYİ Parti	43	4.990.710
Wahlallianz Nation	189	16.339.609*
HDP	67	5.866.309
Sonstige (incl. Saadet)		1.024.405
Gültige Stimmen	600	50.130.419
Quelle: Anadolu Agentur, *Saadet Partisi-Stimmen nicht enthalten		

Ideologie, spielt in der politischen Landschaft in der Türkei (wie übrigens auch unter den Türkeistämmigen in Deutschland) keine wesentliche Rolle mehr. Trotz Wegfalls der Sperrklausel für Parteien in Wahlbündnissen konnte sie keine Mandate erringen. Ihre einstigen Anhänger*innen sind weitgehend zu Erdoğan und der AKP gewechselt, die, anders als in den Gründungsjahren, heute ebenfalls eine ideologiebehaftete Politik betreiben, die in Grundzügen den Geist von Milli Görüs trägt.

Neben Erdoğan, Ince und der MHP kann auch die HDP als Wahlsiegerin gesehen werden, da sie mit rund 12 Prozent deutlich die 10-Prozent-Hürde überspringen konnte. Sie bildet mit 67 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion im Parlament. Sie konnte Verluste in den kurdisch geprägten Provinzen durch Stimmenzuwächse in den Metropolen im Westen des Landes, insbesondere in Istanbul, ausgleichen. Diesen Erfolg verdankt sie Leihstimmen aus dem CHP-Lager, die den Einzug der kurdischen Partei unterstützen und damit eine absolute Mehrheit der AKP im Parlament verhindern sollten.

Eine Besonderheit der neuen Parlamentszusammensetzung ist, dass nunmehr fünf Parteien mit Fraktionsstatus vertreten sind. Das Parlament bildet damit die wesentlichen politisch-ideologischen Verortungen der türkischen Gesellschaft ab. Die fünf Fraktionen repräsentieren 98 Prozent der Wählerstimmen, bei einer Wahlbeteiligung von über 86 Prozent. Um diese hohe Repräsentation wirksam werden zu lassen, müsste die Opposition in die parlamentarische Arbeit einbezogen werden, was aufgrund der bisherigen Praxis des Regierungslagers allerdings nicht zu erwarten ist.

Wahlergebnis in Deutschland

Wahlen in der Türkei sind spätestens seit der Einführung des Wahlrechts für türkische Staatsbürger*innen im Ausland, das zum ersten Mal bei der Präsidentschaftswahl 2014 zur Anwendung kam, auch ein innenpolitisches Thema in Deutschland. Das Wahlverhalten der Türken im Ausland wird in Deutschland und anderen europäischen Ländern kontrovers diskutiert und kritisch begleitet. Diskussionen um Wahl-

	Erdoğan	AKP	İnce	CHP	Akşener	İYİ	Demirtaş	HDP	MHP
Berlin	51,7	45,3	32,3	22,4	3,0	3,9	11,9	20,1	6,1
Düsseldorf	70,5	59,8	18,4	12,7	2,8	3,3	7,6	22,7	9,8
Essen	76,3	66,5	13,2	9,4	2,0	2,6	8,0	10,7	8,5
Frankfurt	59,8	50,7	24,4	17,0	2,6	3,4	12,4	18,4	8,4
Hamburg	59,2	50,9	24,9	17,2	2,5	3,2	12,8	19,3	7,3
Hannover	60,4	53,1	20,6	15,7	2,3	3,1	15,8	19,2	6,9
Karlsruhe	63,2	55,1	21,1	16,0	2,6	3,5	11,3	15,9	8,0
Köln	65,9	56,8	20,8	14,1	2,5	3,4	10,2	15,4	8,6
Mainz	64,5	55,6	20,7	14,1	2,2	2,9	12,1	17,3	8,1
München	65,5	56,0	26,4	20,0	3,0	4,2	4,1	8,5	8,9
Münster	66,3	59,1	20,2	14,7	2,0	2,7	10,6	14,5	6,9
Nürnberg	59,7	49,2	29,4	22,4	3,3	4,4	6,5	11,2	9,6
Stuttgart	68,8	57,6	18,7	13,0	2,7	3,3	9,0	13,3	10,1
Insgesamt	64,8	55,7	21,9	15,6	2,6	3,3	10,0	14,8	8,4
Quelle: Hürriyet									
Kandidat der Saadet Partisi und Vatan Partisi - ebenso ihre Parteien - sind nicht aufgeführt.									

kampfauftritte und Wahlpräferenzen konnte Erdoğan dabei ausnutzen, um Stimmung gegen die europäischen Einwanderungsländer zu machen. So gesehen haben nicht nur seine im Ausland lebenden Wähler*innen zu seinen letzten Wahlerfolgen – aufgrund der großen Zustimmung allerdings überdurchschnittlich – beigetragen,² sondern auch eine polarisierte Stimmung in Europa, die er für sich instrumentalisieren konnte und mit der er nationalistische Posi-

tionen und die Abkehr von Europa und seinen Werten zu rechtfertigen sucht.

Anders als beim Verfassungsreferendum 2017 wurden die aktuellen Wahlen in einer noch vergleichsweise entspannten bilateralen Atmosphäre zwischen Deutschland und der Türkei abgehalten, wozu das konsequent umgesetzte Verbot von Wahlkampfauftritten für ausländische Politiker*innen in Deutschland entscheidend beigetragen haben sollte. Anders als Erdoğan selbst

erreicht die kritische Gegenöffentlichkeit in Deutschland in erster Linie deutsche Mediennutzer*innen und die ohnehin kritischen Teile der türkischen Community. Dem steht eine „Wahrheitsinsel“ der Erdoğan-Anhänger*innen gegenüber, deren Argumente wiederum die Gegenöffentlichkeit in Deutschland nicht erreichen. Je heftiger die deutsche Öffentlichkeit Erdoğan-Anhänger*innen attackiert, desto tiefer scheint der Graben um die eigene Wahrheitsinsel gegraben zu werden.

Der Vorwurf, die Anhänger*innen Erdogans würden eine Diktatur in der Türkei befürworten und hierzulande Demokratie und Pluralität genießen, führt, obwohl zweifellos zutreffend, nur bedingt weiter. Die Argumente der Anhänger*innen Erdogans fokussieren sich auf das Vorhandensein der Wahlurne und auf die Wahlergebnisse. Sein aktueller Sieg über fünf Gegenkandidat*innen bei einer Wahlbeteiligung von über 88 Prozent bestätigt ihn aus ihrer Sicht als rechtmäßigen Präsidenten. Seine Machtfülle und die ungleichen Wettbewerbsbedingungen werden nicht gesehen oder angesichts der vermeintlichen Bedrohung der Sicherheit der Türkei hingegenommen. Der Populist Erdoğan bedient mit der gesamten Medienmacht seine Anhänger*innen mit entsprechenden Argumenten, auch in Deutschland.

Dieses Phänomen weist über die türkischen Staatsbürger in Deutschland hinaus. Auch in demokratischen Gesellschaften kann man mit Themen der inneren Sicherheit, Nationalismus und Populismus Wahlen gewinnen (Trump in den USA, Orban in Ungarn, PIS-Partei in Polen) oder aus dem Nichts in den Bundestag einziehen (AfD). So, wie sich deren Wähler*innen nicht außerhalb des demokratischen Konsenses sehen, tun dies Erdogans Wähler*innen in

Deutschland ebenfalls nicht.

Einen alleinigen kohärenten Erklärungsansatz für die 65 Prozent Zustimmung für Erdoğan bei der Präsidentschaftswahl in Deutschland gibt es nicht. Arbeitsmigration aus Gegenden der Türkei, die heute als Hochburgen der AKP gelten, sollte aber eine zentrale Rolle spielen. Gerade in den Ballungszentren in NRW, wo Arbeitskräfte für die Montanindustrie gesucht waren, siedelten sich sehr viele Türkeistämme an, die aus den Bergbauregionen aus dem Nordwesten der Türkei und später aus den ärmeren Bevölkerungsschichten Zentralanatoliens stammten. In diesen Regionen sind heute wie früher konservativ-religiöse Wählerschichten verortet. Insofern verwundert es nicht, dass NRW und insbesondere der Generalkonsulatsbezirk Essen überproportional hohe Anteile an AKP-Wähler*innen aufweist. Zudem spielen Erfahrungen der Migration und der eigenen Lebenswirklichkeit in Deutschland eine Rolle für ein Votum für Erdoğan, insbesondere bei jüngeren Wähler*innen. Er spricht sie emotional an und gibt ihnen das Gefühl, Teil einer großen Nation zu sein, ein Wunsch, der im Kollektivgedächtnis vieler Türken fest verankert ist. In der Diaspora, wo ihre Zugehörigkeit zur Aufnahmegesellschaft hinterfragt oder ihre religiöse oder kulturelle Identität mit negativen Attributen versehen wird, bedient Erdoğan das Bedürfnis nach Anerkennung, Zugehörigkeit und Respekt. Zudem konserviert die Diasporaerfahrung häufig mitgebrachte konservativ-religiöse Werthaltungen; ein Phänomen, das weltweit in der Migrationsforschung zu beobachten ist. Zudem sind diese Milieus in urbanen Zentren NRWs und des Ruhrgebietes besser organisiert und besser mobilisierbar als etwa Anhänger*innen der CHP.

Ausblick

Erdoğan hat nun die Macht, die Türkei weiter nach seinen Vorstellungen umzubauen. Er hätte laut der nun geltenden Verfassung zudem die Möglichkeit, sich in 2023 für weitere fünf Jahre zum Präsidenten wählen zu lassen. Bei seiner traditionellen „Balkonrede“ nach der Wahl versprach er allen Bürger*innen, ihre unterschiedlichen Lebensweisen zu achten und die Demokratisierung des Landes (!) voranzutreiben. Vergleichbare Reden hatten stets eine sehr kurze Halbwertszeit. Erdoğan's Macht basiert auf der Spaltung und Polarisierung der Türkei, weshalb nicht davon auszugehen ist, dass er eine auf Versöhnung und Ausgleich gerichtete Politik betreiben wird.

Dennoch sollte er es mit einer vernehmbaren Opposition zu tun bekommen und ist zudem im Parlament auf die Zusammenarbeit mit der MHP angewiesen. Mit ihrer Zustimmung kann er nicht immer rechnen, eingedenk der bisherigen politischen Wendungen des Parteivorsitzenden.

Zudem beschränkt sich das Spektrum der politischen Opposition nicht auf CHP und HDP auf der „linken Seite“, sondern schließt mit der İYİ Parti auch eine konservativ-nationale Kraft ein. Gleichzeitig stehen dem Land wirtschaftliche Ein-

schnitte bevor, denen nicht allein mit Verschwörungsrhetorik begegnet werden kann. Auch wächst eine junge Bevölkerung heran, die eines anti-westlichen und isolationalistischen Kurses überdrüssig ist. Über fünf Millionen Türkeistämmige leben in den Grenzen der EU, und ein großer Teil des türkischen Wohlstands wird im Handel mit der EU erwirtschaftet. Insofern wird das Interesse an einer Kursänderung in der türkischen Bevölkerung noch weiter wachsen. Diese Bewegung gilt es, zu unterstützen und mit den Machthabern zugleich einen konstruktiv-kritischen Dialog auf der Basis unumstößlicher demokratischer und rechtsstaatlicher Positionen zu suchen.

Endnoten

1. Das amtliche Endergebnis wird die Hohe Wahlkommission am 05. Juli verkünden, nachdem sie Einwände gegen einzelne Wahlkreisergebnisse geprüft hat.
2. Für das Endergebnis sind die Auslandsstimmen relativ unbedeutend. Mit diesen konnte Erdoğan sein Wahlergebnis nur um 0,21 Prozent verbessern, wobei der additive Wert der Stimmen aus Deutschland sogar weniger als 0,1 Prozent ausmacht.



Verfasser:

Yunus Ulusoy

0201/3198-105—ulusoy@zfti.de

Altendorfer Str. 3, 45127 Essen

www.zfti.de



Das ZfTI ist eine Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender des Stiftungskuratoriums

Stellv. Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp

Institutsvorstand

Wolfram Kuschke, Staatsminister a.D.,

Vorsitzender

Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt

Essen, stellv. Vorsitzender

Prof. Dr. Andreas Blätte, Universität Duisburg-Essen

Institutsleitung

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan

apl. Prof. Dr. Dirk Halm (stellv. Leiter)